

## Krebsdiagnose: Schwesig gibt SPD-Vorsitz auf

Die Politikerin will Ministerpräsidentin in Mecklenburg-Vorpommern bleiben.

Von unserem Korrespondenten  
JÜRGEN STREIHAMMER



Berlin. Im Parlament wird über die Budgetpläne von Vizekanzler Olaf Scholz gestritten, da macht eine Eilmeldung die Runde: Scholz' Parteifreundin Manuela Schwesig ist an Brustkrebs erkrankt. Die 45-Jährige tritt als kommissarische SPD-Chefin zurück. Sie gibt alle Bundesparteiämter auf. Sie bleibt aber Ministerpräsidentin in Mecklenburg-Vorpommern. Bald tritt Schwesig selbst vor die Kameras. Sie wirkt gefasst. „Krebs ist nicht gleich Krebs“, erklärt sie. Ihrer sei heilbar. Und: „Ich habe schon einige Kämpfe in meinem Leben geführt. Ich werde auch diesen Kampf führen.“ Sie sei zuversichtlich, dass sie wieder gesund werde.

Der Schicksalsschlag für die Mutter eines Sohns (12) und einer Tochter (3) trifft die SPD auch politisch. Schwesig zählt zur ersten Reihe der SPD. Als Andrea Nahles im Juni nach dem EU-Wahldebakel als SPD-Chefin zurücktrat, dachten viele, jetzt würde Schwesig kandidieren. Sie wäre die Favoritin gewesen. Aber sie wollte nicht SPD-Chefin werden. Oder genauer: Sie wollte es noch nicht. Schwesig übernahm das Amt aber kommissarisch mit Thorsten Schäfer-Gümbel und Malu Dreyer. Das Trio sollte die Partei stabilisieren, bis Nahles' Nachfolger gekürt sind. Sieben Pärchen und ein Einzelkämpfer ritern um den SPD-Vorsitz.

Schwesigs Zeit könnte noch kommen. Sie hat Talent. Und Ehrgeiz. Auch deshalb ging es stets steil nach oben. 2003 trat die Finanzbeamtin in die SPD ein, 2008 wurde sie Deutschlands jüngste Landesministerin, 2009 SPD-Vizechefin, 2013 Bundesfamilienministerin. Den Job gab sie 2017 auf, weil sie den an Krebs erkrankten Ministerpräsidenten Erwin Sellering ablöste. Nun fällt auch Schwesig aus. „Sie können sich vorstellen, dass uns das sehr, sehr erschüttert“, sagte SPD-Interimschefin Dreyer am Dienstag.

[Foto: APA]

**Taiwan.** US-Präsident Donald Trump ist für Taiwan der wichtigste Verbündete gegen China. Im Kriegsfall werde man aber die USA nicht um Unterstützung bitten, sagt Außenminister Joseph Wu.

## „China hasst die Demokratie“

VON JUDITH HECHT AUS TAIWAN

**Die Presse:** Wie wirkt sich die Lage in Hongkong auf Taiwan aus? Schließlich finden hier im Jänner 2020 Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt.

**Joseph Wu:** Sie wirkt sich nicht nur auf die kommenden Wahlen, sondern auch auf die wirtschaftlichen Beziehungen der Länder aus. Als China 1997 Hongkong von Großbritannien übernommen hat, versprach es, dass sich für die Menschen dort für die nächsten 50 Jahre in Bezug auf Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nichts ändern werde. Das „Ein Land, zwei Systeme“-Prinzip sollte auch als Vorzeigemodell für Taiwan und China dienen. Doch wir sehen, dass sich die Lage dort sehr wohl geändert hat. Pressefreiheit, das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Rechtsstaatlichkeit wurden erodiert. Für die Taiwanesen, die das alles beobachtet haben, heißt das: Man kann auf China als Partner nicht zählen.

**Was, denken Sie, wird China tun?** Präsident Xi Jinping befindet sich in einem ernstem Dilemma. Hong-

kong gehört zwar zu China, ist aber die Finanzmetropole schlechthin und hat für alle Länder dieser Welt eine starke Anziehungskraft. Aber jetzt protestieren Millionen auf der Straße und die chinesischen Politiker müssen sich genau überlegen, was sie tun. Es gibt zwei Szenarien: Wenn sie versuchen die Situation mit Waffengewalt zu beenden, bedeutet dies das Ende des „Ein Land, ein System“-Modells – und ein totales Desaster. Wenn sie gar nichts machen, werden die Proteste weitergehen. Das kann die chinesische Regierung auch nicht tolerieren. Unser Zugang wäre freilich, eine Lösung mit demokratischen Mitteln zu finden. Das beste wäre aus meiner Sicht eine genuine Demokratie für Hongkong.

**Würde Taiwan im Falle einer Wiedervereinigung mit China dasselbe Schicksal wie Hongkong erleiden?**

Das ist eine sehr hypothetische Frage. Wir machen laufend Umfragen und das einhellige Ergebnis ist, dass 99 Prozent der Menschen in Taiwan eine Wiedervereinigung mit China strikt ablehnen. Aber

natürlich ist es möglich, dass China Taiwan mit militärischer Gewalt übernehmen will. Das bedeutete Krieg und Zerstörung. Deshalb setzen wir alles daran, eine Konfrontation mit China zu vermeiden, um unsere Freiheit zu bewahren.

**Ihr Verhältnis zu den USA ist unter der Präsidentschaft von Donald Trump so gut wie nie zuvor. Fühlen Sie sich von den USA beschützt?**

Wir werden die USA nicht bitten, uns zu verteidigen. Wenn uns allerdings die USA helfen wollen, werden wir das sehr schätzen. Unser ultimatives Ziel ist es jedoch, unser Land selbst verteidigen zu können. Wir wollen sicherstellen, dass China einen sehr hohen Preis zahlen würde, wenn sie über eine militärische Lösung nachdenken. Wir investieren deshalb beträchtliche Summen in unsere eigene Rüstungsproduktion. Und wir kaufen die modernsten Waffen von den USA. Seit Jänner 2017 haben unsere Beziehungen gewaltige Fortschritte gemacht. Die USA haben Taiwan F-16-Flugzeuge, Panzer und Munition im Wert von zwölf

Milliarden Dollar angeboten. Das ist eine Menge! Das sind jene Produkte, um die wir schon sehr lange bitten. Ohne Präsident Donald Trump wäre es sehr schwierig, diese defensiven Waffen zu bekommen. Ich weiß, meine Freunde in Europa haben ein anderes Bild vom jetzigen US-Präsidenten. Fragen Sie jedoch die Menschen in Taiwan, werden die allermeisten sagen, dass sie sehr glücklich über den Rückhalt der Trump-Administration sind.

**Wie wehrt sich Taiwan gegen Fake-News-Kampagnen, die aus China kommen, um auf die Wahlen Einfluss zu nehmen?**

Das ist sehr schwierig. Wir sind mit zahlreichen Fake News verschiedenster Art konfrontiert. Immer wird dabei unsere Regierung, speziell das Außenministerium, diskreditiert. Einmal wurde das Gerücht gestreut, dass Taiwan eine Insel im Südchinesischen Meer an die USA verpachtet habe. Das war völlig falsch! Und wir wurden hoch nervös, denn die chinesische Regierung nimmt Souveränitätsfragen im Südchinesischen Meer sehr ernst. Hätten wir getan, was verbreitet wurde, wäre das ein Kriegsgrund gewesen. Wir hatten es also sehr eilig, klarzustellen, dass dem nicht so ist. Aber wir sind sicher, je näher die Wahlen kommen, desto mehr werden falsche Informationen im Netz zu finden sein – und wir werden alle Hände voll zu tun haben, sie zu entkräften.

**Was will China mit diesen Attacken erreichen?**

China hasst die Demokratie. China will die Demokratie zerstören. Und bezüglich unserer Wahlen wollen die chinesischen Politiker, dass jene Kandidaten und jene Parteien obsiegen, die China-freundlich sind. Das ist naheliegend, denn alle Attacken sind immer gegen die Demokratische Fortschrittspartei gerichtet. Das Ernste dabei: Unsere Demokratie wird auf ihre Widerstandskraft und Stärke getestet und darauf, ob wir es schaffen, Informationskampagnen autoritärer Regime zu trotzen.

### Compliance-Hinweis:

Judith Hecht wurde vom Taipei Economic and Cultural Office in Österreich zu der Reise nach Taiwan eingeladen.



Taiwans Außenminister Joseph Wu: „Es ist möglich, dass uns China mit militärischer Gewalt übernehmen will.“

[Teresa Burto]

## NACHRICHTEN

### Schweden: Ann Linde neue Außenministerin

Die 57-jährige Ann Linde wird neue Außenministerin Schwedens. Die Sozialdemokratin amtierte zuletzt als Handelsministerin und folgt Margot Wallström nach, die vergangene Woche ihren Rückzug aus der Politik bekannt gegeben hat.

### Israel: Netanjahu will Jordantal annektieren

Eine Woche vor der Parlamentswahl in Israel hat Ministerpräsident Benjamin Netanjahu erklärt, bei seiner Wiederwahl das Jordantal im besetzten Westjordanland zu annektieren. Israel werde seine Souveränität auf das Gebiet an der

## Diktator Kim drängt auf Weltbühne zurück

**Nordkorea.** Mit Raketentests und „monolithischer Macht“ sollen die USA zum Einlenken gezwungen werden.

Von unserer Korrespondentin  
ANGELA KÖHLER

**Tokio/Seoul.** Kim Jong-un feuert wieder Raketen ab. Südkoreas Generalstab teilte mit, Nordkorea habe erneut zwei unbekannte „Projektile“ in Richtung Japanisches Meer abgefeuert – bereits zum achten Mal innerhalb weniger Wochen. Sehr wahrscheinlich handelt es sich bei den neuerlichen Starts um ballistische Raketen von relativ kurzer Reichweite.

Was deshalb wie Routine anmuten könnte, ist vermutlich der Versuch des nordkoreanischen Diktators Kim Jong-un, zurück auf die Weltbühne zu drängen. Einen Tag zuvor hatte der Machthaber

Vorschläge zu unterbreiten, die allerdings Nordkorea „zufriedenstellen“ müssten. Dann könnten zum Monatsende in Arbeitsgesprächen alle Probleme diskutiert werden.

Das ist eine scharfe Kehrtwende, denn Choe hatte kürzlich die Atomgespräche mit Washington quasi für tot erklärt. „Unsere Erwartungen an einen Dialog mit den USA schwinden allmählich und wir werden dazu gezwungen, alle unsere bisherigen Maßnahmen zu hinterfragen“, hatte sie gesagt.

US-Präsident Donald Trump reagierte auffallend zurückhaltend und nannte die neue Botschaft aus Pjöngjang lediglich „interessant“ – ließ aber offen, ob er bald an einem weiteren Treffen mit Kim interes-

punkt Panmunjom darauf verständigt, gemeinsame Teams aufzustellen, die Details einer möglichen atomaren Abrüstung ausloten sollen. Bisher sind solche Gespräche aber nicht zustande gekommen.

### Noch höhere Weihen für Kim

Stattdessen hatte Pjöngjang versucht, mit einer Salve von Raketentests Druck auf Washington auszuüben. Da die abgefeuerten Geschosse zwar gegen das über Nordkorea verhängte UN-Verbot verstießen, aber kein Terrain der USA gefährden können, ließ das Weiße Haus den Diktator und dessen Forderung nach Beendigung der Sanktionen einfach abblitzen. Nun versucht es Kim Jong-un offenbar wie-

chen. Kim gab dieser Tage seinen Sitz im Scheinparlament auf, um höhere Weihen zu genießen. In seiner Abwesenheit erhoben ihn die Volksvertreter durch Verfassungsänderungen offiziell zur „monolithischen Macht“. Er trägt nunmehr den Titel „Oberster Repräsentant des gesamten koreanischen Volks“. Damit erhebt sich der 35-Jährige formell in den Stand eines Staatsoberhauptes.

Es schien für den Machthaber ein riesiges Problem: Wie soll man international respektvoll behandelt werden, wenn niemand genau weiß, wie er Kim protokollarisch korrekt ansprechen soll? Großvater Kim Il-sung trägt seit seinem Tod den Titel „Ewiger Präsident“. Vater